

Rot-Grün sieht „blinden Aktionismus“ bei CDU

Flüchtlinge: Ratsmehrheit kontert Veuskens-Kritik

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Die finanzpolitischen Sprecher von SPD und Grünen, Stephan Lenz und Volker Spieth, haben die Kritik des CDU-Politikers Klaus Veuskens an ihrem Kurs beim Thema Flüchtlingsunterkünfte zurückgewiesen. Veuskens hatte der rot-grünen Mehrheitsgruppe „Naivität“ vorgeworfen, weil sie die Haushaltsmittel für 2016 erst dann freigeben will, wenn die Verwaltung deren genaue Verwendung erklärt hat. Der Christdemokrat hält das angesichts der Flüchtlingszahlen für unverantwortlich und hat schnelles Handeln gefordert.

Lenz und Spieth lassen die Attacke des Christdemokraten allerdings nicht auf sich sitzen: Sie fühlen sich vielmehr von der Ankündigung des Rathauses gestärkt, in diesem Jahr ohne Wohncontainer auszukommen. „Wir glauben, dass wir noch eine Weile damit weitermachen können, die Menschen dezentral in Wohnungen und größeren Einheiten wie dem Bernwardshof unterzubringen“, ist Spieth sicher. Veuskens' Haltung bezeichnet er als „blinden Aktionismus, der mehr schadet als nützt.“ Der CDU-Politiker hatte verlangt, das Rathaus müsse unverzüglich stadtweit Grundstücke suchen und darauf Wohnungen für 1000 bis 2000 Personen errichten.

Das sei noch lange nicht nötig, widersprechen die rot-grünen Politiker. So gebe es laut Wohnraumversorgungskon-

zept noch knapp 900 leer stehende Wohnungen in Hildesheim, erinnert Spieth. Zwar seien diese nicht alle in einem solchen Zustand, dass sie gleich bezogen werden könnten, räumt der Grünen-Ratsherr ein, der Geschäftsführer des Mietervereins ist. „Doch wenn auch nur ein Viertel auf den Markt käme, würde das für Entlastung sorgen.“

Sozialdemokrat Lenz stört sich auch an der Darstellung, der von Rot-Grün geplante Sperrvermerk koste Zeit. „Den soll ja nicht der Rat aufheben, sondern der Finanzausschuss – und zwar deshalb, damit wir schnell reagieren können, wenn es nötig ist.“

Die Kritik des Christdemokraten vertrage sich auch nicht mit seiner bisherigen Argumentation im Kreistag. Dort habe er mehrfach bessere Informationen von der Kreisverwaltung gefordert. „Und in der Stadt soll das jetzt anders laufen?“, wundert sich Lenz. Der und den Grünen gehe es nur darum, in die Unterbringungspläne des Rathauses einbezogen zu werden.

Schlecht angekommen ist sowohl bei Lenz als auch bei Spieth die Wortwahl des Christdemokraten, der ihnen „dumme Fragen“ vorgehalten hatte. „Dieser Stil geht gar nicht“, moniert der finanzpolitische Sprecher der Grünen. Sein SPD-Kollege zuckt auf die Frage danach, wie er den Ton fand, nur mit den Schultern: „Was soll ich dazu noch sagen?“

Kein Thema, um zu zündeln

KOMMENTAR

VON
RAINER BREDA



Demokraten müssen unterschiedlicher Meinung sein dürfen – schließlich geht es darum, durch den Austausch der Argumente die beste Lösung zu finden. Angesichts der Wahl im Herbst ist zu befürchten, dass mancher Schlagabtausch etwas heftiger ausfällt – das war schon in früheren Wahlkämpfen so und lässt sich nicht vermeiden. Gerade beim Thema

Flüchtlinge sollten alle Seiten aber so sachlich wie möglich miteinander streiten – hier gibt es angesichts der Lage und der Stimmung ohnehin genug Sprengstoff. Wer hier überreizt, spielt (wenn auch unabsichtlich) jenen Kräften in die Hände, die unsere Demokratie zwar verachten, sich gleichwohl ihrer Freiheiten bedienen wollen, um sie von Innen zu zerstören. Das muss allen Akteuren – erst recht jenen mit Hang zur Angriffslust wie Veuskens – klar sein. Die Parteien sollten dringend miteinander ins Gespräch kommen und sich zur Zurückhaltung verpflichten.